

Kreis Mettmann Der Kreistag

Ausschuss für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz

Es informiert Sie: Roland Schmidt Telefon: 02104/99-2827 Fax: 02104/99-842827

E-Mail: roland.schmidt@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 29.11.2016

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz

Sitzungstermin Montag, den 21.11.2016, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer

1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Karl-Heinz Göbel

Mitglieder

Annette Braun-Kohl (ab 15.07 Uhr)

Jürgen Bullert Felix Gorris

Alexandra Gräber

Oliver Hesel

Rainer Hübinger (bis 16.20 Uhr)

Ingmar Janssen Marc Kammann

Rainer Köster Manfred Krick Andreas Krömer Sven Michael Kübler

Waldemar Madeia Anja Prüßmeier Rainer Schlottmann

Dietmar Weiß (bis 17.17 Uhr)

Dr. Dr. Axel Zweck

Verwaltung

Klaus Adolphy Sandra Bolz Dr. Kai Büter Anja Büttner Cathleen Cramer **Detlef Dann** Reinhard Engmann Georg Görtz Dirk Haase Nils Hanheide Daniela Hitzemann Gabriele Jaeger Nico Leonhardt Florian Reeh Martin M. Richter Antje Schäfer Roland Schmidt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
- Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.09.2016
- 3. Informationen der Verwaltung
- 4. Betriebsabrechnung für die Entsorgung häuslicher Abfälle im 70/004/2016 Kreis Mettmann für das Jahr 2015
- 5. 13. Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung im Kreis Mettmann 70/005/2016
- 6. Haushalt 2017 20/038/2016
- 7. Umsetzung des Masterplans Neandertal / Projektstand nach 23/026/2016 der Entwurfsplanung
- 8. Entsorgung von Styropor; hier: Anfrage der CDU-Fraktion 61/020/2016 vom 27.10.2016

- 9. Nachträge
- 9.1. Sachstandbericht Grundwassermessstellennetz; hier: Antrag 61/021/2016 der SPD-Fraktion vom 07.11.2016
- 9.2. Sachstandsbericht Attraktivierung des Eiszeitlichen Wildge- 61/022/2016 heges; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 07.11.2016
- 9.3. Verwertung von Bio- und Grünabfall durch die KDM; hier: 61/023/2016
 Antrag der Fraktion BÜNDINS 90/DIE GRÜNEN vom 11.11.2016

Nicht öffentlicher Teil

- Informationen der Verwaltung
- 11. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende KA Göbel begrüßt zunächst alle Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest.

Als Berichterstatter für den Kreistag wird einstimmig KA Gorris bestimmt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.09.2016

Die Niederschrift über die Sitzung am 01.09.2016 wird vom ULAN einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Herr Görtz informiert den Fachausschuss über die Eingabe der Lhoist-Gruppe im Regionalplanverfahren zwecks Sicherung einer Fläche zwischen den Kalksteinbrüchen "Silberberg" und "Prangenhaus". Die Ausführungen sind der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

| Zu Punkt 4: | Betriebsabrechnung für die Entsorgung häuslicher Abfälle im Kreis |
|-------------|---|
| | Mettmann für das Jahr 2015 |
| | - Vorlage Nr. 70/004/2016 |

KA Köster kritisiert die Gebührenerhöhung bei gleichzeitig sinkender Abfallmenge; er werde sich daher der Stimme enthalten.

Dem widerspricht Herr Hanheide unter Verweis auf die Vorlage, aus der sich eindeutig der genau umgekehrte Sachverhalt ergebe.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Der sich aus der Betriebsabrechnung 2015 für die Entsorgung häuslicher Abfälle ergebende Überschuss in Höhe von **802.700,32** € wird gemäß § 43 Abs. 6 GemHVO NRW dem Sonderposten "Gebührenausgleich Abfallentsorgung" zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Punkt 5: 13. Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung im

Kreis Mettmann

- Vorlage Nr. 70/005/2016

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die 13. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung im Kreis Mettmann einschließlich der zugrunde liegenden Gebührenbedarfsberechnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Zu Punkt 6: Haushalt 2017

- Vorlage Nr. 20/038/2016

Herr Kreisdirektor Richter erläutert dem Fachausschuss die Bedeutung von Kennzahlen als Instrument zum Abgleich von Zielen und deren Erreichung. Er ermuntert die Ausschussmitglieder, der Verwaltung zwecks Optimierungen jederzeit ein Feedback zu geben.

Außerdem macht er anhand einer Tischvorlage den Unterschied zwischen Planstellen und Vollzeitäquivalenten deutlich.

Der Vorsitzende ruft die in den Zuständigkeitsbereich des Kreisausschusses fallenden Produkte auf. Die Anträge und Anfragen der Fraktionen und der Verwaltung stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an. Nach abschließender Aussprache schließt sich die Gesamtabstimmung über den Haushalt als Empfehlung für den Kreisausschuss und Kreistag an.

Gesamtabstimmung über die Produkte:

Die in die Zuständigkeit des Kreisausschusses fallenden Produkte 09.01.01 (Planung), 10.01.02 (Maßnahmen der Bauaufsicht), 11.01.02 (Entsorgung nicht brennbarer Abfälle), 13.01.02 (Naherholungseinrichtung Wildgehege), 14.01.01 (Wasserrechtliche Zulassungsverfahren, Stellungnahmen und Beratung), 14.01.02 (Allgemeine Gewässeraufsicht, Gefahrenabwehr), 14.01.03 (Bodenschutz, Altlasten, Grundwasser) werden jeweils einstimmig, die Produkte 11.01.01 (Entsorgung häuslicher Abfälle), 11.01.03 (Abfallrechtliche Maßnahmen), 14.02.01 (Klimaschutz und erneuerbare Energien), 14.02.02 (Immissionsschutz) jeweils einstimmig bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. und das Produkt 13.02.01 (Natur und Landschaft, Planung) mehrheitlich bei 5 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion angenommen.

Nach dem Beschluss der Verbandsversammlung des EKOCity Abfallwirtschaftsverbandes in ihrer Sitzung am 28.10.2016 wird das Entgelt 2017 für die Restmüllentsorgung für seine Verbandsmitglieder auf 140,21 €/t und nicht, wie zuvor in Aussicht gestellt, auf ca. 138,50 €/t gesenkt. Dies bedeutet für den Kreis bei einer erwarteten Restmüllmenge 2017 von 106.425 t gegenüber der bisherigen Haushaltsveranschlagung eine Ansatzerhöhung um 181.950 € von 14.739.900 € auf 14.921.850 €. Bei den Betriebskosten der Müllumschlagstationen erhöht sich infolge des Ergebnisses der Neuausschreibung der Transportleistungen zum 01.01.2017 der bisher für 2017 veranschlagte Aufwand von 1.983.000 € um 100.250 € auf 2.083.250 €. Die Ansatzveränderungen ergeben im Teilergebnis- und Teilfinanzplan in den Zeilen 13 bzw.12 jeweils eine Ansatzerhöhung in Höhe von 282.200 €. Zur Kompensation der Mehraufwendungen im Ergebnisplan wird die bisher im Haushaltsplanentwurf 2017 geplante Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich Abfallentsorgung um 282.200 € von 102.050 € auf 384.250 € für die Jahre 2017 - 2020 erhöht. Im Finanzplan erfolgt kein Ausgleich der dort in gleicher Höhe entstehenden Mehrauszahlungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Produkt 13.01.02

Die Verwaltung sagt zu, die **Anfrage der CDU Fraktion** zur Personalwohnung im Neandertalhof im Rahmen eines Sachstandsberichtes in der nächsten ULAN-Sitzung am 06.03.2017 zu beantworten.

Auf Nachfrage von KA Gräber zum Stand des Grundstückskaufs für den Neandertalhof führt Herr Görtz aus, dass die Stadt Erkrath das Grundstück zur Zeit nur verpachten möchte, was für die Errichtung des Stalles auch kein Problem darstelle. Bei der späteren Einrichtung der FÖJ-Station werde man die Möglichkeit eines Erbbaurechtsvertrags mit der Stadt Erkrath prüfen.

KA Kammann weist darauf hin, dass seiner Auffassung nach die Einnahmen aus der Flächenprämie für landwirtschaftliche Flächen des Kreises Mettmann (S. 1420, Zeile 2) zu gering geplant seien und höher liegen müssen.

Herr Adolphy erklärt, dass sich die Beträge jährlich verändern könnten und sagt eine Klärung im Rahmen der Niederschrift zu (siehe Anlage 2).

Produkt 13.02.01

KA Prüßmeier erläutert den **Veränderungsantrag der SPD-Fraktion** zur Auslobung eines Umweltpreises. Dieser sei bereits zu den letzten Haushaltsberatungen gestellt worden. Es sei bewusst auf eine Detaillierung verzichtet worden, da es zunächst um das grundsätzliche Votum des Fachausschusses gehe – im Falle der Zustimmung mit der Option einer nachträglichen Konkretisierung.

KA Gräber weist auf einen ähnlichen Antrag der CDU-Fraktion hin, der seinerzeit einen Ehrenamtspreis vorschlug, jedoch aufgrund einer ausführlich begründeten Stellungnahme der Verwaltung zurückgezogen wurde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion 5 Ja-Stimmen SPD-Fraktion

2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1 Nein-Stimme FDP-Fraktion1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Zur Anfrage der CDU-Fraktion zum neuen Landesnaturschutzgesetz NRW erklärt Herr

Adolphy, dass er aktuell keine längerfristigen Projekte der unteren Naturschutzbehörde von der Frist zur Abführung von Ersatzgeldern an die höhere Naturschutzbehörde betroffen sehe.

KA Krick bestätigt unter Hinweis auf die Formulierung im Landesnaturschutzgesetz NRW "sofern dem nicht fachliche Gründe entgegenstehen", dass solche Projekte durch die neue Regelung nicht gefährdet seien.

GESAMTABSTIMMUNG

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2017 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 7:

Herr Görtz und Herr Leonhardt erläutern die Vorlage anhand einer Powerpoint-Präsentation, die der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist.

KA Köster sieht bei der Spielplatzplanung die Zielgruppe der Senioren zu wenig berücksichtigt und regt außerdem eine größere Anzahl von Schaukeln an.

KA Gräber entgegnet, dass diverse Spielgeräte für jeweils eine Vielzahl von Nutzern zur Verfügung stehen, daher seien aus ihrer Sicht keine Planungsdefizite erkennbar.

Die Nachfrage von SE Kübler, ob auch über eine Verbreiterung der aktuell eher engen Zufahrt zum Parkplatz nachgedacht worden sei wird von Herrn Leonhardt verneint. Aufgrund der angespannten Parkplatzsituation müsse der Fokus eher – soweit überhaupt möglich - auf die Schaffung zusätzlicher Parkplätze gelegt werden.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der Module M1 bis M2c sowie M3b auf Basis der vorgestellten Entwurfsplanungen (Leistungsphase 3) gemäß HOAI mit den beschriebenen Auswirkungen planerisch weiter voranzutreiben und baulich zu realisieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8: Entsorgung von Styropor; hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.10.2016
- Vorlage Nr. 61/020/2016

Herr Hanheide beantwortet die Anfrage. Die Antwort der Verwaltung ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

Zu Punkt 9: Nachträge

Zu Punkt 9.1: Sachstandbericht Grundwassermessstellennetz; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 07.11.2016
- Vorlage Nr. 61/021/2016

KA Prüßmeier erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Auf die Zusage von Herrn Hanheide, den Sachstandsbericht zum Grundwassermessstellennetz zur nächsten ULAN-Sitzung am 06.03.2017 abzugeben, zieht KA Prüßmeier den Antrag ihrer Fraktion zurück.

Zu Punkt 9.2: Sachstandsbericht Attraktivierung des Eiszeitlichen Wildgeheges; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 07.11.2016
- Vorlage Nr. 61/022/2016

Herr Görtz kündigt einen Sachstandsbericht zur Attraktivierung des eiszeitlichen Wildgeheges für die ULAN-Sitzung am 06.03.2017 an.

Daraufhin zieht KA Prüßmeier den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Auf Anregung von KA Gräber sagt Herr Haase zu, den Sachstandsbericht auch dem Bauausschuss zur Kenntnis zu geben.

Zu Punkt 9.3: Verwertung von Bio- und Grünabfall durch die KDM; hier: Antrag der Fraktion BÜNDINS 90/DIE GRÜNEN vom 11.11.2016
- Vorlage Nr. 61/023/2016

KA Gorris erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Hanheide erklärt, dass die KDM - wie im ULAN am 06.06.2016 von der Geschäftsführung vorgetragen worden sei - das Ziel der Biogasgewinnung aktuell nicht verfolge. Ein modernes Verfahren, welches seitens der KDM intensiv geprüft und auch dem ULAN bereits vorgestellt worden sei, befinde sich zurzeit noch in der Erprobungsphase. Bekanntlich sei der Kreis Mettmann zu einem Drittel an der KDM beteiligt, ein entsprechendes politisches Votum werde Herr Hanheide gegebenenfalls gern dem Entscheidungsgremium der KDM, welches in Kürze tage, übermitteln. Unabhängig davon sage er zu, die Bioenergiegewinnung in der Gesellschafterversammlung der KDM erneut zu thematisieren. Vor dem Hintergrund der ökologischen und ökonomischen Bilanz werde die Entwicklung entsprechender Verfahren allerdings ohnehin laufend beobachtet. Andere Faktoren wie beispielsweise die anstehenden Änderungen im Düngemittelrecht müssten zudem in die Betrachtung einbezogen und berücksichtigt werden. Insgesamt dürften Prozesse nicht teurer werden, was letztlich zu Lasten des Gebührenzahlers ginge.

KA Gorris weist darauf hin, dass bereits elf Anlagen mit Teilstromvergärung in NRW im Dauerbetrieb laufen. Dies rechtfertige nach seiner Auffassung die Erstellung eines Gutachtens durch ein Fachbüro. SB Dr. Dr. Zweck ergänzt, dass es primär um die Schaffung belastbarer Datengrundlagen gehe. Soweit dies ohne ein externes Gutachten erreicht werden könne, sei nach seiner Auffassung auch die entsprechende Kürzung des Antrags um diesen Passus denkbar.

KA Köster erklärt, die Fraktion DIE LINKE. unterstütze den Antrag, eine Aufschiebung des Themas sei nicht nachvollziehbar.

KA Gräber und KA Janssen halten vor dem Hintergrund der Zusage der Verwaltung, das Thema im Fokus zu behalten und den ULAN entsprechend kontinuierlich über Änderungen zu unterrichten, die Erstellung eines Fachgutachtens und generell ein politisches Votum für entbehrlich.

Daraufhin zieht KA Gorris den Antrag zurück.

Um 17:17 Uhr stellt der Vorsitzende KA Göbel die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:19 Uhr

gez. gez.

Karl-Heinz Göbel Roland Schmidt